

Energiekrise

Warum mangelt es an Erdgas?

Egal wie man rechnet – Haushalte und Industrie müssen mehr Energie sparen. Forscher fordern deshalb noch höhere Gaspreise.

Von CHRISTIAN GEINITZ, JAN HAUSER UND JOHANNES PENNEKAMP



© Reuters

Licht aus! Der Berliner Dom strahlt nicht mehr so hell wie zuvor.

Auf die Gaskunden kommen ohne Zweifel höhere Ausgaben zu. Die Versorger heben ihre Tarife an, und die Politik schiebt die Gasumlage an, die die Kosten für einen Jahresverbrauch eines Haushalts mit 20.000 Kilowattstunden um bis zu 1000 Euro erhöhen kann. Wenigstens daran will der Staat mit der Mehrwertsteuer nicht noch mitverdienen, wie es Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) angekündigt hat.

Doch gegen die Mehrwertsteuerbefreiung kommt nun Gegenwind von Ökonomen, die darauf setzen, dass mit hohen Preisen auch mehr Erdgas eingespart wird. Die Nürnberger Professorin Veronika Grimm fordert, die Mehrwertsteuer zu erheben und im Gegenzug diejenigen zu kompensieren, die entstehende Härten nicht allein tragen können. „Die Mehrwertsteuer nicht zu erheben wäre wieder eine Kompensation mit der Gießkanne, so ähnlich wie beim Tankrabatt“, sagte sie der F.A.Z. „Es darf aber jetzt nicht darum gehen, obere Einkommen zu entlasten.“ Die Mehrwertsteuer nicht zu erheben würde zudem indirekt fossile Energieträger subventionieren.

Preissignale vor dem Winter

Der Düsseldorfer Ökonom Jens Südekum rät sogar zu einer höheren Umlage auf den Gaspreis, die nach Worten des Wirtschaftsministers bis zu 5 Cent je Megawattstunde betragen kann. Südekum spricht von einem Aufschlag um 15 bis 20 Cent: „Damit würde der Staat enormes Aufkommen generieren und könnte damit ein Entlastungspaket für

Geringverdiener schnüren“, sagte er der F.A.Z. Der Volkswirt sieht das Problem, dass die Preissignale noch nicht kurzfristig durchgereicht werden können: Für einige Kunden liegt der Gaspreis je Kilowattstunde bei 6 oder 7 Cent, aber der wird Richtung 25 Cent marschieren, den heute schon Neukunden zahlen. Aus ökonomischer Sicht hält es Südekum für wichtig, dass die Preissignale jetzt vor dem Winter kommen, um die Sparanreize für die privaten Haushalte so groß wie möglich zu bekommen. „Wenn die Privathaushalte nicht sparen, laufen wir Gefahr, dass wir in eine Gasmangellage laufen.“

Unsicher bleibt, wie viel Erdgas aus Russland nach Deutschland kommt – und wie viel Erdgas somit verbraucht werden kann. Die Politik muss sich auf verschiedene Szenarien vorbereiten. Ohne russische Gaslieferungen und ohne Nachfragereduktion bis zum Ende der Heizperiode Ende Mai fehlen laut der Studie „Wie es zu schaffen ist“ von Rüdiger Bachmann, Moritz Schularick, Georg Zachmann und acht anderen Ökonomen etwa 210 Terawattstunden (TWh) Gas. Dann müsste der Gasverbrauch um rund 25 Prozent sinken – vor allem in Industrie und Haushalten. Zum Vergleich: Das Fassungsvermögen der deutschen Gasspeicher kommt auf etwa 250 TWh und reicht ungefähr für zwei Wintermonate.

Gasmangel schon im Dezember möglich

Selbst wenn Russland wie derzeit weiter 20 Prozent der Kapazität von Nord Stream 1 liefert, sieht es nur etwas besser aus, wie es der Bochumer Umweltökonom Andreas Löschel, ebenfalls ein Autor der Studie, auf Anfrage abschätzt. In diesem Szenario fehlen rund 130 TWh: Das müsste durch Einsparungen aufgefangen werden. „Dies entspricht einer Nachfragereduktion von etwa 16 Prozent, um durch den Winter zu kommen“, sagte Löschel. Dabei bezieht er einen Mindestspeicherstand von 50 TWh ein.

Hier finden Sie einen externen Inhalt von Opinary. Um externe Inhalte anzuzeigen, ist Ihre widerrufliche Zustimmung nötig. Dabei können personenbezogene Daten von Drittplattformen (ggf. USA) verarbeitet werden. Weitere Informationen.

Externe Inhalte aktivieren

In jedem Fall scheint also eine Verbrauchssenkung nötig zu sein. Auch der Präsident der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, sagte zu dem Szenario, dass Russland weiterhin nur noch 20 Prozent liefere: Selbst dann lasse sich im besten Falle bis Ende des Winters ein „akzeptables Speicherniveau“ erreichen, mit dem man auch durch den übernächsten Winter kommen könne. Das gelte aber nur, wenn die Verbraucher ein Fünftel weniger Gas nutzten – also viel mehr sparten als bisher – und wenn Deutschland zudem ein Fünftel weniger Gas in andere Länder durchleite.

„Unter diesen Voraussetzungen bräuchten wir dann noch zusätzlich 10 bis 15 Gigawattstunden aus anderen Ländern, um über einen durchschnittlich kalten Winter zu kommen und auch auf den Winter 2023/2024 vorbereitet zu sein“, sagte Müller der „Welt am Sonntag“. In allen anderen Szenarien drohe schon im Dezember eine Gasmangellage, „oder wir weisen am Ende der kommenden Heizperiode niedrige Speicherfüllstände auf“. Früheren Szenarien der Netzagentur zufolge würde bei Lieferungen durch die Pipeline Nord Stream 1 von 40 Prozent – statt derzeit 20 Prozent – das Gasdefizit im Winter 19 Terawattstunden betragen. Falls gar kein Gas mehr strömte, wären es 107 Twh. Im erstgenannten Falle träte der Gasmangel Anfang Februar ein, im letztgenannten schon Mitte Dezember.

Schaden für den Standort Deutschland

Die Sorgen vor einer solchen Mangellage sind groß – auch in der Wirtschaft. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertags DIHK spricht davon, dass schon jetzt 16 Prozent der Industrieunternehmen wegen der hohen Energiepreise ihre Produktion einschränken. Komme es zu großen Engpässen, drohe dem Standort Deutschland erheblicher Schaden. „Daher ist auch die Frage nach Unterstützung der Wirtschaft eine drängende Frage“, warnte DIHK-Präsident Peter Adrian gegenüber der F.A.Z.: „Die Gasumlage kommt für die Wirtschaft in dieser schwierigen Lage hinzu. Viele Betriebe können im Konkurrenzdruck ihre Kostenbelastung nicht weitergeben.“

Auch Timm Kehler, Vorstand im Branchenverband Zukunft Gas, sieht es anders als die Volkswirte: „Privatkunden erhalten durch Umlage und Preiserhöhungen ohnehin schon genug Preissignale.“ Da aufgrund der langen Vorlaufzeiten und der fehlenden Handwerker nur wenige Bürger die Möglichkeit hätten, schnelle bauliche und technische Veränderungen zum Energiesparen zu bewerkstelligen, könnten sie auf die Steuer nicht reagieren.

Industrie und Politik arbeiten an einem gemeinsamen Vorgehen: Zum einen solle das von der Wirtschaft geforderte Gasauktionsmodell „nach dem Sommer starten“, bestätigte eine Sprecherin des Wirtschaftsministeriums von Robert Habeck (Grüne). Zum anderen treibe man den „Fuel Switch“ voran, damit industrielle Gasverbraucher auf Kohle oder Erdöl umsteigen könnten. Auch DIHK-Präsident Adrian unterstrich, eine wichtige Alternative zum Gas liege für einige Betriebe im Öl. Für die Umstellung bedürfe es aber einfacher und klarer Regeln. „Sonst drohen mit rechtlichen Unsicherheiten und einem Genehmigungsstau zusätzliche Blockaden.“

Gasumlage von der Mehrwertsteuer ausgenommen

Die Sprecherin des Wirtschaftsministeriums nannte die steigenden Preise als einen Grund dafür, dass die Regierung die Gasumlage von der Mehrwertsteuer ausnehmen wolle: „Welche Spareffekte von welchen Preissteigerungen ausgehen, ist spekulativ und lässt sich nicht pauschal beantworten.“ Klar sei nur, dass die Belastungen zum Sparen zwingen, wobei der Druck für Geringverdiener am größten sei. Die Regierung setzt auf Sparappelle und Vorschriften.

Die verbindlichen Regeln werden hingegen erst noch in Energieeinsparverordnungen gegossen. Dazu könnten für Privathaushalte Heizungschecks und die Pflicht zum hydraulischen Ausgleich gehören. Wenn der Staat auf die Mehrwertsteuer auf die Gasumlage verzichtet, gehen Einnahmen verloren und die Umlage fällt geringer aus, wie der Ökonom Südekum kritisiert: Die Folge werde sein, dass die Sparanreize für private Haushalte nicht über das Preissignal erfolgten, sondern über Appelle und das Ordnungsrecht, woran sich die Menschen halten könnten oder nicht.

Quelle: F.A.Z.